#01 Januar / Februar 2026 | 36. Jahrgang

Lernen ohne Logos | **Seite 2**
Werbefreie Schulen

Markthalle ohne Morgen | **Seite 3**
Zukunftspläne der Markthalle 9

Reform ohne Rücksicht | **Seite 4**
Kritik an neuer Grundsteuer

klar.links

Die Linke
Friedrichshain-Kreuzberg

Paketboten am Limit

Die Weihnachtszeit ist für viele eine Zeit der Erholung. Für die rund **135.000 Paketzusteller*innen in Deutschland** ist sie hingegen die härteste Phase des Jahres. Denn sie sind es, die schwere Pakete die Treppenhäuser hochschleppen und bis an die Haustüren liefern. Bis zu 300 Sendungen an bis zu 220 verschiedene Adressen liefert ein Paketzusteller im Schnitt jeden Tag aus – einzelne Lieferungen können bis zu 70 Kilo wiegen. Das bedeutet eine extreme körperliche Belastung, dazu permanenter Zeitdruck. Entsprechend hoch ist das Risiko von Überlastung und Verletzungen. **Daher kann es niemanden überraschen, dass der Krankenstand im Branchenvergleich am dritthöchsten ist. Diese Arbeit geht wortwörtlich auf die Knochen.**

Doch damit nicht genug: Die Branche ist von intransparenten Subunternehmerketten durchzogen. Der Anteil von Personal, das zwar im Auftrag und im Namen der großen Paketunternehmen unterwegs ist, aber gar nicht direkt bei diesen angestellt ist, ist in der Paketzustellung häufig bei über 50 Prozent, teils sogar bei bis zu 100 Prozent. Obwohl sie die eigentliche Kernarbeit erledigen, sind sie häufig leichter kündbar und haben oft kaum eine Chance, ihre Rechte durchzusetzen. Arbeitsrechtliche Verstöße und illegale Praktiken sind an der Tagesordnung. Nicht selten wird ihnen Lohn vorenthalten und selbst der Mindestlohn wird unterlaufen. Auch der Arbeitsschutz wird oftmals ignoriert.
Mit dieser organisierten Verantwortungslosigkeit muss endlich Schluss sein! Deswegen setze ich mich schon lange gemeinsam mit meiner Fraktion Die Linke im Bundestag dafür ein, Paketzusteller*innen wirksam vor Ausbeutung und Überlastung zu schützen. Es muss endlich ein Ende der ausufernden Subunternehmerstrukturen bei der Zustellung geben. Wer Pakete ausliefert, muss auch direkt angestellt werden. In der Fleischindustrie ist es so bereits gelungen, in Teilen mafiösen Praktiken in Subunternehmerketten das Handwerk zu legen – höchste Zeit, dass die Paketbranche folgt. Denn nur so können in diesem Bereich Kontrollen überhaupt greifen und Arbeitsrechte durchgesetzt werden.
Klar ist auch: Die herrschenden Arbeitsbedingungen sind nicht hinnehmbar. Diejenigen, die bei Wind und Wetter Pakete austragen, müssen konsequent geschützt werden.
Dafür braucht es endlich eine echte Entlastung und die klare Regelung, dass Pakete über 20 Kilogramm nur noch von zwei Personen zugestellt werden dürfen statt wie bisher häufig allein von einer Person. Die Paketzustellung und ausgerechnet die Weihnachtszeit dürfen nicht länger eine echte Gefahr für die Gesundheit der vielen Paketzusteller*innen in unserem Land bleiben.

Pascal Meiser,
Mitglied des Deutschen Bundestags

Unsere Sicht.

FHain-XBerg bleibt stabil

Auf der Vertreter*innenversammlung Mitte Dezember hat Die Linke Friedrichshain-Kreuzberg ihre Kandidat*innen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2026 gewählt. Allen voran steht unsere Bürgermeisterkandidatin Elif Eralp, die mit überwältigender Mehrheit von 97 Prozent auf Listenplatz 1 und als Direktkandidatin für den Kreuzberger Norden aufgestellt wurde.
Die Listenplätze 2 und 3 besetzen der Arbeitsrechtler und bisherige Wahlkreisgewinner des Friedrichshainer Westens Damiano Valgolio und die Linken-Landesvorsitzende Kerstin Wolter, die im Friedrichshainer Süden/ Kreuzberger Osten antritt. Den Listenplatz 4 gewann Michael Efler, der mit einem klima- und stadtentwicklungspolitischen Profil für den Kreuzberger Süden antritt. Auf Platz 5 wurde Ruby Cichon aufgestellt, die die erste Transperson im Abgeordnetenhaus werden könnte und ein finanzpolitisches Profil hat. Der 6. Listenplatz geht an Ekkehard Spiegel, BVG-Busfahrer, Tarifkämpfer und Vertrauensperson der Gewerkschaft ver.di.

*Alle weiteren Kandidat*innen werden in der nächsten Ausgabe der klar.links vorgestellt.*

Werbung? Nein, danke!

Die Initiative »Berlin Werbefrei« will in diesem Jahr einen Volksentscheid auf den Weg bringen, um zeitgleich mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus über ein Werberegulierungsgesetz für Berlin abstimmen zu lassen. Im Januar startet dafür das Volksbegehren mit dem Ziel, 240.000 Unterschriften zu sammeln. Ein zentraler Mehrwert des Volksbegehrens liegt in der notwendigen Begrenzung der Auswüchse kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum. An vielen Stellen in Berlin ist Werbung längst nicht mehr stadtverträglich: Sichtachsen auf bedeutende Denkmäler werden verstellt oder beeinträchtigt, Mieter*innen müssen monatelang hinter großflächigen Werbebannern an Baugerüsten leben und digitale Werbung hat massiv zugenommen. All dies schränkt die Aufenthaltsqualität der Berliner*innen spürbar ein. Die Initiative hat auf diese Entwicklungen mit einem Gesetzentwurf reagiert, der Werbung im öffentlichen Raum und in öffentlichen Einrichtungen deutlich strenger reguliert, ohne ein allgemeines Werbeverbot festzulegen. Weiterhin zulässig bleibt Werbung an Litfaßsäulen und Geschäften, Plakatwerbung in U-Bahnhöfen und digitale Werbung bei Sport- und Kulturveranstaltungen.

Grafik: berlin-werbefrei.de

Außerdem sollen 50% der Werbefläche für Veranstaltungen und gemeinnützige Zwecke reserviert werden, wodurch Kultur und Soziales im Stadtraum gezielt gefördert werden. Die Linke unterstützt das Volksbegehren: Es braucht eine bessere gesetzliche Grundlage für die Regulierung und Begrenzung von Werbung im öffentlichen Raum. Genau hierin liegt der Dissens zu CDU und SPD, die bislang keine Notwendigkeit sehen, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu ändern. Hinzu kommt, dass die Koalition versucht, die Debatte mit fragwürdigen Methoden zu verzerren. So wurden in der amtlichen Kostenschätzung des Senats unzulässigerweise auch die prognostizierten Einnahmeverluste der Werbewirtschaft berücksichtigt, obwohl dort ausschließlich die direkten Auswirkungen auf den Landeshaushalt einfließen dürfen. Diese Auffassung hat auch das Verfassungsgericht bestätigt, sodass die Kostenschätzung des Senats nun um 275 Millionen Euro nach unten korrigiert werden muss. Gute Gründe also, die Initiative bei ihrem Volksbegehren zu unterstützen.

BERLIN WERBEFREI

Weitere Informationen unter:
berlin-werbefrei.de

Werbefreie Schulen
Bildung statt Beeinflussung

Eine digitale Werbetafel in einer Friedrichshainer Oberschule, auf der die Bundeswehr für sich warb, hat in der letzten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung für erhebliche Diskussionen gesorgt. Die Linksfraktion hat dabei unmissverständlich klargemacht: Werbung der Bundeswehr in und an Schulen ist für uns inakzeptabel. Entsprechend haben wir einen Antrag eingebracht.
In diesem Zusammenhang wurde auch die grundsätzliche Frage gestellt, in welchem Umfang Werbung an Schulen stattfindet. Das Bezirksamt erklärte, es gebe keine Werbeflächen in Schulen – auch keine digitalen. Diese Aussage soll nun überprüft werden.

Klar ist jedoch:
Es existieren bezirkseigene Werbeflächen im unmittelbaren Umfeld von Schulen, die vermietet werden und Einnahmen für den Bezirk generieren.
Gerade hier braucht es klare Leitlinien, welche Inhalte zugelassen werden und welche nicht.
Hier wird sich die Linksfraktion einbringen, denn das Schulumfeld ist ein sensibler Raum. Kinder und Jugendliche, insbesondere Minderjährige, müssen vor gezielter Beeinflussung geschützt werden.
Schulen sind öffentliche Orte und sie sind Schutzräume. Sie dienen dem Gemeinwohl und der Bildung – nicht den Profitinteressen von Konzernen oder staatlichen Akteuren mit Eigeninteressen.
Schon heute sind Marken und Logos in Schulen allgegenwärtig: auf Kleidung, Rucksäcken oder Schulmaterialien. Schüler*innen werden zunehmend als Zielgruppen betrachtet. Der wachsende Konsumdruck belastet Kinder und Familien und verschärft soziale Ungleichheiten.
Eine demokratische Schule braucht Freiheit von kommerziellem Einfluss. Statt Werbung an Schulen braucht es eine verlässliche, ausfinanzierte öffentliche Bildung. Schulen müssen Orte sein, an denen Kinder und Jugendliche lernen, solidarisch zu handeln, kritisch zu denken und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen – nicht, wie man konsumiert.

Ben Gross

Ulrike Juda, *schulpolitische Sprecherin in der Linksfraktion in der BVV*

Spekulation mit der Markthalle 9 vorbeugen

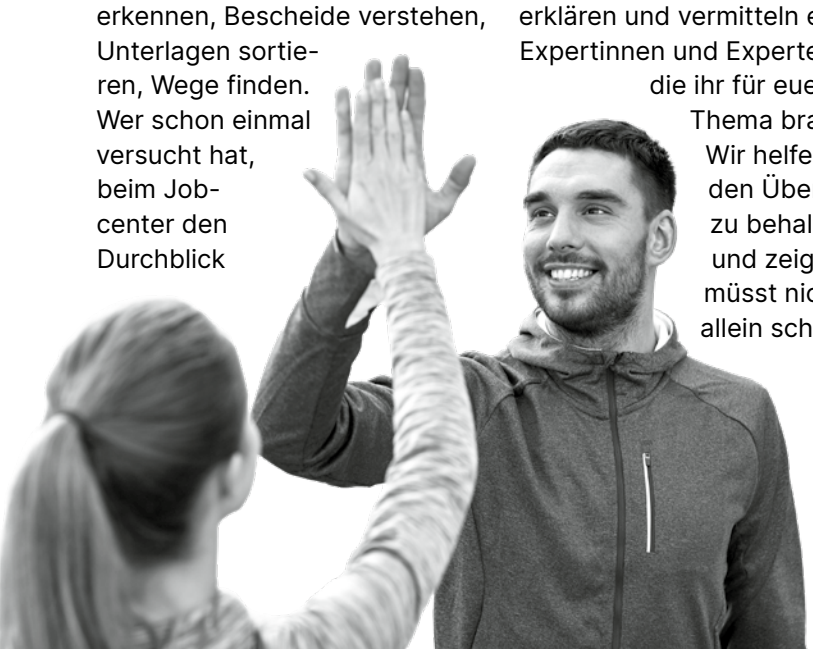
Was geschieht ab 2027 mit der Markthalle Neun in der Eisenbahnstraße? Im Frühjahr 2027 läuft die 15-jährige Nutzungsbindung für die denkmalgeschützte Halle ab, die 2011 im Rahmen eines Bieterverfahrens für 1,15 Millionen Euro unter Auflagen privatisiert wurde. Die Halle sollte ein »soziales Zentrum« werden mit expliziter Kiezorientierung und einem Warenangebot für den täglichen Gebrauch der Bewohner*innen im Kiez. Die Akzeptanz für eine »Halle für Alle« war zunächst recht groß, doch mit den Jahren ist die Begeisterung geschwunden.
Das Wohnumfeld der Halle ist recht divers. Viele leben von sehr bescheidenen Einkommen, für die die meisten Produkte in der Halle schlicht zu teuer sind. Es gibt auch viel Kritik an der Entwicklung der Halle zu einem Tourismus-Hotspot und der räumlichen Ausdehnung des Wochenmarktes. Der Marktpreis der Halle ist um ein Vielfaches gestiegen und mit Wegfall der Nutzungsbindung an eine kiezorientierte Versorgungsfunktion steigt er weiter. Ein Weiterverkauf der Halle wird ebenso attraktiv wie ihre Umfunktionierung zu einer auch für Touristen attraktiven Eventlocation.
Mehr Kommerzialisierung, mehr Tourismus, mehr Events erhöhen die Verwertung, aber auch die Belastung für die Bewohner*innen und den Protest. Mehr Anlieferung, mehr Müll, mehr Verkehr, mehr externe Besucher, mehr Lärm überfordern den Wohnkiez.
Einer solchen Entwicklung kann man nicht tatenlos entgegensehen. Die Linke in der BVV will einer zukünftigen Eventlocation vorbeugen und planungsrechtlich ein sozial durchlässiges Nahversorgungskonzept für die Markthalle 9 absichern. Anfang Dezember wurde ihr Antrag von der BVV beschlossen. Demnach soll das Bezirksamt bauleitplanerische Schritte einleiten, um die Halle in ihrer Funktion als Ort zur Nahversorgung der Bewohner*innen im Wohngebiet mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs dauerhaft zu sichern. Geprüft werden soll die Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Halle mit entsprechender Nutzung im Wohngebiet und für das Nachbargrundstück zur Wrangelstraße hin. Ein entsprechender Aufstellungsbeschluss soll der BVV vom Bezirksamt vorgelegt werden.
Die Eigentümer der Halle wollen vermeintlich am bisherigen Nutzungskonzept auch nach Ablauf der Bindung festhalten. Das wäre zu begrüßen, würde aber eine planungsrechtliche Absicherung bei einem solchen potentiellen Spekulationsobjekt nicht ersetzen.

Foto: Jörg Zägel/wikipedia

Gaby Gottwald,
BVV, Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen

Die Linke hilft, auch in FHain-XBerg

Solidarität ist kein Gefühl, sondern eine Praxis. Nach diesem Motto bieten wir auch in unserem Kiez Sozialberatung an. Hier finden Menschen Unterstützung, die mit Ämtern, Formularen oder Vermieter*innen nicht weiterkommen. Es geht nicht um große Reden, sondern um konkrete Hilfe: Ansprüche erkennen, Bescheide verstehen, Unterlagen sortieren, Wege finden. Wer schon einmal versucht hat, beim Jobcenter den Durchblick zu behalten oder auf dem Berliner Wohnungsmarkt eine faire Chance zu bekommen, weiß, wie schnell man an Grenzen stößt. **Wichtig: Unsere Sozialberatung ist keine Rechtsberatung.** Wir vertreten niemanden vor Gericht und geben keine juristischen Ratschläge. Aber wir hören zu, erklären und vermitteln euch an Expertinnen und Experten, die ihr für euer Thema braucht. Wir helfen euch, den Überblick zu behalten, und zeigen: Ihr müsst nicht alles allein schaffen.



Ein Beispiel: J. ist neu in Berlin. Nach langer Suche findet er ein Zimmer in einer WG. Der Vermieter weigert sich, einen neuen Mietvertrag abzuschließen, und einer Untervermietung stimmt er ebenfalls nicht zu. Weil J. arbeitslos ist, bezieht er Bürgergeld. Doch ohne Mietvertrag übernimmt das Jobcenter keine Unterkunftskosten. Kurz gesagt: kein Vertrag, kein Geld für die Miete – und bald keine Wohnung mehr. In unserer Beratung schauen wir gemeinsam, was möglich ist: Welche Nachweise akzeptiert das Jobcenter trotzdem? Wo gibt es Stellen, die Druck auf Vermieter*innen ausüben, die so handeln? Wir begleiten, erklären und stärken. Der Fall zeigt, wie leicht Menschen durchs Raster fallen, wenn Wohnraum zur Ware wird und Profit wichtiger ist als Menschlichkeit. Deshalb ist die Sozialberatung mehr als Hilfe im Einzelfall – sie ist ein Ort des Widerstands gegen soziale Kälte und Gleichgültigkeit. Niemand muss sich schämen, Unterstützung anzunehmen. **Es ist keine Schwäche, sich helfen zu lassen – im Gegenteil: Es ist ein Schritt zur Selbstermächtigung.**

BERATEN. ORGANISIEREN. KÄMPFEN.
Die Linke hilft!

Kommt zur Sozialberatung, sprecht mit uns, teilt eure Erfahrungen, vernetzt euch. Denn nur gemeinsam können wir etwas verändern. **Solidarisch, praktisch und ohne leere Versprechen.**

Jonas Bülow,
Mitglied der AG Die Linke hilft

Veranstaltungen

Der Rote Laden
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030 4262687
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:
Montag: 9.00–16.00 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10.00–18.00 Uhr,
Mittwoch: 11.00–18.00 Uhr,
Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Januar / Februar 2026

Pascal Meiser, MdB
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030 69507924
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

Kostenlose Rechtsberatung:
Do., 08.01. 16.00–18.00 Uhr

Nächste Sprechstunden:
Mo., 09.02., 16.00 Uhr

Sprechstunde und Beratung
nur nach Anmeldung

Elif Eralp, MdA
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030 69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de

Aufenthaltsrechtliche Beratung:
Do., 22.01. und 19.02.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr

Mietrechts-, sozialrechts- und arbeitsrechtliche Erstberatung:*
Do., 29.01., 16.00–18.00 Uhr
*Februar auf Anfrage

Damiano Valgolio, MdA
Sociale (Wahlkreisbüro)
Richard-Sorge-Straße 69 a,
10249 Berlin
Telefon: 0179 5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

Sprechzeiten:
auf Anfrage

Kostenlose Rechtsberatung:
auf Anfrage

Steffen Zillich, MdA
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030 42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich):
Do., 08.01. und 12.02.,
jeweils 14.00–16.00 Uhr

Michael Efler, MdA
Weidenweg 17, 10249 Berlin
efler@linksfraktion.berlin

Sprechstunde:
Fr., 09.01. und 23.01. sowie
Fr., 06.02. und 20.02.,
jeweils 10.00–12.00 Uhr

Mietberatung:
Mo., 26.01. und 23.02.,
jeweils 17.00–19.00 Uhr

Migrationsberatung:
Di., 27.01. und 24.02.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr

Ein gesundes neues Jahr 2026
für alle Leser*innen

Verdrängung durch die Grundsteuer verhindern

Mit der Grundsteuerreform kristallisiert sich gerade auch in unserem Bezirk ein Problem heraus: Kultureinrichtungen, Strandbäder, Clubs, Biergärten, Gewerbebetriebe werden mit einer Grundsteuer oder Umlage konfrontiert, die sie überfordern. Denn dabei wird ein Grundstückswert unterstellt, der mit der tatsächlichen Nutzung überhaupt nicht darstellbar ist. So soll ein Strandbad die Grundsteuer für ein mehrstöckiges Mietshaus zahlen, was dort angeblich stehen könnte, aber nicht da steht. Der Club die Steuerbelastung für die hochwertige Büronutzung, die da sein könnte, aber nicht ist; gleichermaßen Gewerbehöfe und Biergärten für das Hotel, was da angeblich sein könnte, aber nicht ist. Das Wochenendgrundstück die Grundsteuer für die Villa, die darauf vielleicht stehen könnte.
Da sieht sich z. B. die Schlosserei in der Ratiborstraße einer 1000prozentigen Erhöhung der Grundsteuer gegenüber, der Club »Yaam« soll über 1000 Prozent mehr zahlen, der Wagenplatz »Laster und Hänger« über 2000 Prozent. Und beim Strandbad Weißensee sind es über 3000 Prozent. Wenn hier keine Lösung gefunden wird, müssen diese Nutzungen weichen. Das aber würde das Gesicht unserer Stadt verändern. Die Attraktivität dieser Stadt, ihre Lebensqualität, ihr kreatives, ihr schöpferisches Potential hängt auch daran, dass es hier Nischen, dass es Inseln, dass es eine Mischung gibt. Berlin hat zum Glück nicht überall eine Monokultur der Glaspaläste oder Schlafstädte. Es gibt noch Orte, wo der spekulativ getriebene Verwertungsdruck nicht die Nutzung bestimmt und erst dadurch wird die Berliner Vielfalt möglich. Es wäre aberwitzig, wenn die öffentliche Hand durch eine Steuer die ohnehin rasante Verdrängung noch weiter forciert. Doch genau das findet derzeit statt. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat gemeinsam mit den Grünen einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem wir dem begegnen und Abhilfe schaffen können: Wir schlagen vor, für die Fälle, bei denen die im Bodenwert unterstellte Verwertungsmöglichkeit (z. B. das mehrstöckige Wohnhaus) von der tatsächlichen Nutzung (z. B. Strandbad) extrem abweicht, eine Ausnahmeregelung zu schaffen. Dabei würde anstelle des Bodenrichtwertes auf den Ertrag der tatsächlichen Nutzung abgestellt. Das soll auf Antrag jedenfalls in den Fällen geschehen, in denen der Bodenwert den Ertragswert um mindestens 100 Prozent übersteigt. Für Übergangslösungen, die aus der Koalition angedeutet werden, gibt es allerdings keine konkrete Untersetzung – im Gegenteil: Für einen Hilfsfonds beispielsweise (der auch nicht allen helfen würde) wurde keine Haushaltsvorsorge geschaffen. Eine Erlaubnis für Landesbehörden und -unternehmen, die Grundsteuer nicht auf die Pächter umzulegen, wurde abgelehnt. Es ist jetzt an SPD und CDU, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen, oder eine bessere Lösung zu finden. Aber das muss schnell geschehen, damit die Berliner Vielfalt erhalten bleibt.

Steffen Zillich,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Termine Ortsverbände

Ortsverband
Friedrichshain Südost

- **Mitgliedertreffen:***
  Mo., 09.02. und 24.02.,
  jeweils 19.00 Uhr, Roter Laden
  *Januar auf Anfrage

Ortsverband
Friedrichshain Nordost

- **Mitgliedertreffen:**
  Do., 15.01., 05.02. und 19.02.
  jeweils 19.00 Uhr, Roter Laden
- **Kennlerntreffen von Team Ekkehard Spiegel** (Direktkandidatur fürs AGH, Wahlkreis 5):
  Sa., 31.01., 10:00–14:00 Uhr
  im Roten Laden

Ortsverband
Friedrichshain West

- **Mitgliedertreffen:**
  - Mo., 12.01., mit Sarah Vollath (MdB) »Zur Zukunft der Rente«, 18.30 Uhr, Roter Laden
  - Mo., 02.02., voraussichtlich Gesetzentwurf »Deutsche Wohnen enteignen«, 18.30 Uhr, Roter Laden
- **Stammtisch:**
  Do., 22.01. und 26.02., ab 19.00 Uhr
  im Degendorff (Petersburger Str. 74 a) oder im Roten Laden,
  bitte erfragen

Ortsverband
Kreuzberg Ost

- **Mitgliedertreffen:**
  Bitte per Mail anfragen

Ortsverband
Kreuzberg Zentrum

- **Mitgliedertreffen:**
  Do., 05.01. und 02.02.,
  jeweils 19.00 Uhr, Familiengarten,
  Oranienstr. 34

Ortsverband
Kreuzberg West

- **Mitgliedertreffen:**
  Do., 08.01. und 05.02., 19.00 Uhr,
  Ort bitte nachfragen
- **Gesamt-Kreuzberger Stammtisch:**
  Mo., 19.01. und 16.02., ab 19.00 Uhr,
  Südblock, Admiralstr. 1

Die Linke
Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:
Redaktionsschluss: 05. Januar 2026
Herausgeberin: Die Linke Friedrichshain-Kreuzberg, Telefon: 030 4262687
Gedruckt auf Recyclingpapier.

www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/dielinke.fk
Instagram: @dielinke.fk

info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.), Damiano Valgolio
Kontakt Fraktion Die Linke in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: 030 90298 2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de